

Spätestens seit der Veröffentlichung der PISA-Studie ist in Deutschland eine breite Diskussion über die bildungspolitische Zukunft in unserem Land entbrannt. Auch in Schleswig-Holstein sind zahlreiche Reformen im Bildungssystem in Angriff genommen worden. Die Einführung der Regional- und Gemeinschaftsschule im letzten Jahr war dabei sicher das umfangreichste Reformvorhaben. Die aktuellen Vorschläge zur Nachbesserung des schleswig-holsteinischen Schulgesetzes ergänzen diese und bringen wieder einige grundsätzliche Richtungsentscheidungen auf die politische Agenda.

Die Junge Union Schleswig-Holstein (JUSH) hat diesen Diskussionsprozess in den letzten Jahren immer wieder mit eigenen Beschlussfassungen und Diskussionsbeiträgen begleitet. Dieses Papier fasst grundsätzliche Überzeugungen der JUSH aus den letzten Jahren nochmals zusammen und ergänzt die Forderungen der JUSH auf Grund der aktuellen bildungspolitischen Diskussion. Insbesondere die geplanten Veränderungen im Schulgesetz sollen dabei Berücksichtigung finden. Schwerpunkte bilden die Gestaltung der Schularten, Integration in der Schule, die Verteilung der Ressourcen im Schulsystem sowie der „Beruf Lehrer“.

Grundsätzliches: Klare Strukturen für einen besseren Schulabschluss

In den letzten Jahrzehnten hat sich das berufliche Umfeld in Deutschland massiv verändert. Klassische Karrierewege, die für ein ganzes Leben vorausschaubar sind, sind heute eher die Seltenheit. Darüber hinaus haben sich die Anforderungen an die Qualifikation von Berufstätigen kontinuierlich erhöht. Ein Bildungssystem muss sich diesen geänderten Rahmenbedingungen anpassen und Schülern schulische Ausbildungswege bieten, die eine erfolgreiche Vorbereitung auf das Berufsleben ermöglichen.

Dabei muss ein Bildungssystem auch eine Struktur aufweisen, die von jedem Beteiligten verstanden werden kann. Die Schaffung von neuen Schularten und Beschulungsformen in den letzten beiden Jahren haben nicht dazu beigetragen, Schule und Ausbildungswege verständlich und nachvollziehbar zu machen. Dies ist aber dringend notwendig, um für diese Reformen das nötige Vertrauen und die Unterstützung aller Beteiligten zu erhalten. Lehrer, Eltern und Schüler müssen verstehen können, worin sich verschiedene Schularten und Schulabschlüsse unterscheiden.

Daneben hat die Schule in den letzten Jahren mehr und mehr die Möglichkeit bekommen, sich ein eigenes Profil zu geben und weiterzuentwickeln. Eigenverantwortlichkeit der Schulen ist dadurch gestiegen. Dies trägt dazu bei, dass eine Schule von innen heraus gestaltet werden kann und Schüler, Eltern und Lehrer bei der Gestaltung ihrer eigenen Schule mitwirken können. Des Weiteren gibt es auch die Möglichkeit, individuelle Lösungen der Schulen für regionale Besonderheiten und Herausforderungen zu erstellen.

Die JUSH setzt sich dafür ein, dass diese Punkte auch bei den aktuellen Schulgesetzänderungen berücksichtigt werden. Daher fordert die JUSH grundsätzlich für angedachte Reformvorhaben:

- dass das Schulsystem weiter an das sich ändernde berufliche Umfeld und die Anforderungen angepasst wird.
- dass Reformen des Schulsystems verständliche Strukturen schaffen, die von Lehrern, Eltern und Schülern verstanden werden können.
- dass auch weiterhin Rahmenbedingungen geschaffen werden, die der Schule Elemente der eigenverantwortlichen Schulgestaltung ermöglichen.

Das zukünftige Schulsystem

Für das gegliederte Schulsystem in Schleswig-Holstein fordert die JUSH nach wie vor, dass es lediglich eine Schulform neben dem Gymnasium geben darf! Die JUSH unterstützt daher eine Zusammenlegung von Regional- und Gemeinschaftsschule zu einer „neuen“ Gemeinschaftsschule. Eine Schulform neben dem Gymnasium entspricht den Herausforderungen des demographischen Wandels und dem Anliegen, flächendeckend alle Schulabschlüsse anbieten zu können. Somit wird für eine klare politische Linie in der Schullandschaft von Schleswig-Holstein gesorgt und Eltern sowie Schüler können die für ihre Bedürfnisse passende und gerechte Schulform wählen. Des Weiteren bietet die Lösung einer Zusammenlegung dieser Schularten ein Übereinkommen der alten politischen Grabenkämpfe um ein dreigliedriges Schulsystem

versus Einheitsschule, zum anderen können so Strukturen geschaffen werden, die den Anspruch an Verständlichkeit erfüllen.

In der neuen Schulform muss es eine klare Außendifferenzierung bei den Klassen geben – diese sollte die Leistungsfähigkeit und Neigung der Schüler berücksichtigen und einen Bezug zum angestrebten Schulabschluss haben. Die bisher mögliche und offen gelassene Binnendifferenzierung insbesondere in den Kernfächern Mathematik, Deutsch und Englisch wird von der Jungen Union Schleswig-Holstein strikt abgelehnt. Es war und bleibt eine sozialromantische Verwirrung, zu glauben, dass die starken Schüler den schwachen Schülern helfen und so das Gesamtniveau steigt. Der Praxistest an vielen Gemeinschaftsschulen hat dies bereits gezeigt. Die starken Schüler bleiben ebenso im Lernstoff zurück wie die schwachen Schüler und das mögliche Leistungsniveau kann nicht erreicht werden. Auf Grund der Ressourcensituation hält die JUSH darüber hinaus eine Binnendifferenzierung mit dem Anspruch jeden einzelnen Schüler gemäß seinen Möglichkeiten individuell zu fördern nicht für realisierbar. Dieser Ansatz muss daher automatisch zu einer Überforderung und einem erheblichen Mehraufwand der Lehrer führen.

Weiterhin wird daher gefordert, dass die neue Gemeinschaftsschule nur dort auf Antrag eine gymnasiale Oberstufe zugestanden bekommt, wo noch kein entsprechendes Angebot durch Gymnasien besteht. Hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass die neue Schulform kein Konkurrenzangebot gegenüber dem Gymnasium darstellt – hier wäre ein Wettbewerb unter den Schulen nachteilig. Für die JUSH ist und bleibt das Gymnasium die Regelschulform zum Erreichen des Abiturs. Aufgrund des demographischen Wandels können sich Engpässe in der Versorgung der Gymnasien in der Fläche des Landes einstellen. Die neue Gemeinschaftsschule mit gymnasialer Oberstufe darf zu jedem Zeitpunkt ausschließlich nur ein Ersatzangebot sein. Sofern eine gymnasiale Oberstufe an der neuen Schulform besteht, wird dort G9 angeboten. G8 soll das Regelangebot darstellen. Denn es ist klar: Auf Gymnasien gibt es nur 8 Schuljahre – die JUSH steht für das Abitur nach 8 Jahren.

Die JUSH fordert daher:

- ein zweigliedriges Schulsystem aus dem Gymnasium und der „Neuen Gemeinschaftsschule“
- die Zusammenlegung von Regional- und Gemeinschaftsschule mit Außendifferenzierung auf Gymnasien das Abitur nach 8 Schuljahren
- dass es nur auf Antrag eine Oberstufe an der neuen Schulform geben darf, wo noch kein gymnasiales Angebot besteht
- das Gymnasium bleibt die Regelschulform zur Erreichung des Abiturs

Schule kann und muss Ort der Integration sein

Die JUSH unterstützt die Forderung für das Schulgesetz, dass nicht nur Offenheit gegenüber anderen Kulturen, sondern auch gegenüber religiöser Vielfalt den Schülern im Unterricht beigebracht werden soll. Dies wird insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um den Islam für wichtig und notwendig gehalten, um den Schülern die Möglichkeit zu geben, sich ein eigenständiges und offenes Bild von unterschiedlichen Religionen zu machen. Zudem wird an Modellschulen die Einrichtung eines offenen muslimischen Religionsunterrichts neben dem herkömmlichen konfessionsgebundenen Religionsunterricht, der auf Deutsch erfolgen soll, gefordert. Dadurch wird den Kindern mit Migrationshintergrund ein Angebot, ihre eigene Religion an der Schule vermittelt zu bekommen, unter staatlicher Aufsicht bereitgestellt, ohne dass weitere Sprachbarrieren vertieft werden. Diese Modellschulen sind insbesondere an Orten mit einer hohen Dichte von muslimischen Migranten einzurichten. Entsprechende Pläne, den konfessionsgebundenen Unterricht zugunsten eines allgemeinen Ethikunterrichts abzuschaffen, werden abgelehnt.

Vor dem Hintergrund häufiger sprachlicher Defizite bei Migranten an Schulen sollte darauf hingewirkt werden, dass die DaZ Zentren (Deutsch als Zweitsprache) und die entsprechenden Förderstunden an den Schulen ausgebaut und notwendige Lehrstellen geschaffen werden, um so eine bestmögliche Sprachförderung als Schlüssel für eine gelungene Integration zu erreichen. Um dies zu unterstützen, fordert die JUSH das Bildungsministerium dazu auf, an Schulen mit hohem Migrantenanteil darauf hinzuwirken, dass auf den Schulhöfen Deutsch die Regelsprache wird. Dies hat nichts mit einer Zwangsgermanisierung zu tun, sondern ist eine Frage des Respekts der Schüler untereinander und den Lehrern gegenüber. Schulen müssen Räume ohne Sprachbarrieren werden. Zudem muss das Bildungsministerium mit den Kommunen Programme schaffen, wie die Eltern von Schülern mit Migrationshintergrund besser an den Kommunikationsnetzwerken der Schulen und insgesamt mehr am schulischen Alltag teilnehmen können. Bei den Eltern muss mehr Interesse geweckt werden, was in der Schule passiert.

Die JUSH fordert daher:

- Muslimischen Religionsunterricht an Modellschulen neben dem herkömmlichen konfessionsgebundenen Religionsunterricht
- Eine verbesserte Sprachförderung an den Schulen (DAZ Zentren, DAZ Schulstunden). Deutsch zur Regelsprache auf schleswig-holsteinischen Schulhöfen zu machen.
- Programme, um Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund besser in die Schulen einzubinden

Praktiker als Lehrer

Auf Grund des herrschenden und sich verstärkenden Lehrermangels fordert die JUSH, Quereinsteigern auch für wenige Jahre die Tätigkeit als Lehrkraft zu ermöglichen. Voraussetzung dafür sollte ein Hochschulstudium oder eine ähnliche Qualifikation (z.B. Meisterbrief) sein. In einem mehrwöchigen Vorbereitungskurs sollten die Quereinsteiger auf ihre Unterrichtstätigkeit vorbereitet werden und danach mit einem über mehrere Jahre befristeten Arbeitsvertrag in den Schuldienst übernommen werden. Lehrer aus der Berufspraxis können überaus bereichernd für die Schule sein, weil sie andere Erfahrungen als herkömmliche Lehrkräfte mitbringen.

Darüber hinaus setzt sich die JUSH für die Einführung von „Kurzeitlehrern“ aus der Wirtschaft ein. Ziel ist eine engere Vernetzung zwischen Schule und Wirtschaft. Schüler könnten beispielsweise in den Klassenstufen 8 und 9 im Rahmen von Pflichtarbeitsgemeinschaften von Beschäftigten aus der freien Wirtschaft unterrichtet werden. Solche „Kurzeitlehrer“ könnten gerade aus der Berufstätigkeit heraus die Fähigkeiten fördern, welche später tatsächlich von den Schulabgängern verlangt werden. In diesem Zusammenhang muss für die Schulen ein Sonderetat im Haushalt veranschlagt werden, der es ihnen erlaubt, herausragende Führungskräfte, Wissenschaftler sowie Pioniere der freien Wirtschaft mit angemessenen Mitteln für Überbrückungszeiten unbürokratisch an die staatlichen Schulen locken zu können.

Auch Lehrer in klassischen Lehramtslaufbahnen sollen einen stärkeren Bezug zum außerschulischen Berufsleben aufbauen. Für eine bessere Vernetzung der Lehramtsstätigkeit an die Wirtschaft reicht es aber nicht aus, theoretisch fundierte Fachkenntnisse über diese zu haben. Viel mehr zählt praktische Erfahrung, die in den Unterricht einfließen muss. Wir fordern daher eine praxisnahe Lehrertätigkeit. Gemäß dem Grundsatz „Ein jeder lernt ein Leben lang“ muss dies auch für die Lehrer gelten. Dies kann nur dann geschehen, wenn Lehrer verpflichtet werden, in gewissen Intervallen selbst einen Blick in die Wirtschaft zu wagen. Denkbar wäre hier ein durch das Land bezahltes Praktikum oder durch eine Lehrtätigkeit in einem Wirtschaftsbetrieb. Neben den enorm wichtigen praktischen Erfahrungen könnten Lehrer motiviert werden, neue Lehrmethoden zu entwickeln bzw. Möglichkeiten erarbeiten, die Theorie und Praxis besser miteinander kombinieren.

Als Konsequenz der oben erwähnten Maßnahmen ist eine Optimierung des Lehramtsstudiums unumgänglich. Die JUSH fordert daher eine Anpassung des Studiums auf die zukünftigen drei Schultypen mit folgenden Spezialisierungen: Grundschule, neue Gemeinschaftsschule und Gymnasium. Ebenfalls muss den Lehramtsstudenten durch die Aufnahme eines pädagogischen Grundpraktikums, welches vor Beginn des Studiums erfolgen muss, die Möglichkeit eingeräumt werden, sich über ihre persönliche Befähigung über diesen speziellen Beruf im Klaren zu werden.

Die JUSH fordert daher:

- Modelle zu entwickeln, um Quereinsteigern mit akademischem Hintergrund bzw. vergleichbarer Qualifikation eine zeitlich befristete Tätigkeit als Lehrkraft zu ermöglichen
- „Kurzeitlehrer“, die insbesondere in den Klassenstufen 8 und 9 Kenntnisse aus dem Berufsleben in Arbeitsgemeinschaften vermitteln. Dazu soll ein angemessener Etat für die Schulen zur Verfügung gestellt werden.
- „Herkömmliche“ Lehrer durch Betriebspraktika einen stärkeren Bezug zum außerschulischen Berufsleben zu ermöglichen
- die Anpassung der Lehrerausbildung auf die drei von der Jungen Union Schleswig-Holstein geforderten Schultypen
- ein Grundpraktikum für alle angehenden Lehramtsstudenten in einer Schule

Jede Leistung angemessen fördern

Die JUSH hat in den letzten Jahren immer wieder die gerechte Verteilung der Ressourcen zwischen unterschiedlichen Schularten und Bildungswegen gefordert und angemahnt. Einzelne Schularten sollten dabei nicht bevorzugt werden. Dies gilt insbesondere für die neu geschaffene Gemeinschaftsschule. Dabei sollten auch Überlegungen entwickelt werden, die das starre Besoldungssystem zwischen dem gehobenen und höheren Dienst aufbrechen. Zusätzlich soll ein zukunftsweisendes Bildungssystem für Schleswig-Holstein auch besondere Stärken und Schwächen von Schülern berücksichtigen.

Gerade in sozialen Brennpunkten sollten in diesem Zusammenhang gebundene (verpflichtende) Ganztagschulen eingerichtet werden, die über den Kernunterricht hinaus Förderungen von Schülern am Nachmittag im Rahmen von Freizeitangeboten ermöglichen. Diese Schulen sollten in enger Kooperation mit Verbandslandschaften und Einrichtung der Jugendpflege zusammenarbeiten und vorhandene Strukturen in die Schule tragen. Dabei soll man aber auch bei dem Grundsatz bleiben, dass Erziehung Auftrag der Eltern ist. Ganztagschulen und deren Angebote sollen nur als Ergänzung zum Bildungsauftrag der Schule verstanden werden. Daher hält die JUSH es für zwingend notwendig, dass Eltern bei der Gestaltung von Ganztagsangeboten im Rahmen der Eigenverantwortlichkeit der Schulen mit eingebunden werden. Ganztagschulen können weiter dabei helfen, die oben angesprochenen Probleme der Integration von Schülern mit Migrationshintergrund zu lösen. Auch hier sollte versucht werden, Aktivitäten von Verbandsstrukturen, die speziell Migranten ansprechen, in das Schulleben zu integrieren. Die von der sozialdemokratischen Bildungsministerin Erdsiek-Rave eingeführte offene Ganztagschule mit einer finanziellen Ausstattung von 25 Ct pro Schüler pro Stunde wird grundsätzlich abgelehnt.

Zusätzlich fordert die JUSH zur pädagogischen sowie psychologischen Unterstützung von Lehrern die flächendeckende Einführung von Sozialpädagogen und Schulpsychologen. Diese sollen rechtzeitig auf verhaltensauffällige Kinder aufmerksam und vorbeugend tätig werden. Dadurch kann gewährleistet werden, dass einzelne Schüler nicht den Lernerfolg einer ganzen Klasse gefährden. Darüber hinaus mögen diese die Lehrer auch während des Unterrichts entlasten und unterstützend zur Seite stehen. Die Schulpsychologen hingegen sollen sich um Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten, Schulangst sowie Konzentrationsstörungen kümmern, die Eltern und Lehrer vielfach überfordern. Zusätzlich sollen diese Fachkräfte auch Ansprechpartner für überarbeitete und überlastete Lehrkräfte sein.

Weiter wäre es wichtig, Hochbegabte stärker als in der Vergangenheit zu fördern. Denkbar wäre ein System aus Kursen, die in jedem Kreis zusätzlich für hochbegabte Schüler angeboten werden. Diese Angebote sollen die Regelschule ergänzen und können zum Beispiel durch Wochenendkurse realisiert werden. Eine wünschenswerte Lösung wäre eine Zusammenarbeit mit Hochschulen. Die Kosten sollten dazu vom Land getragen und durch einen vertretbaren Eigenanteil der Eltern ergänzt werden.

Zu einer gezielten Förderung von Schülern mit unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten gehört auch die klare Benennung des aktuellen Leistungsstandes im Rahmen der halbjährlichen Zeugnisse. Um Missverständnissen vorzubeugen und eine richtige Einordnung der Leistungen möglich zu machen, sollen bereits ab der ersten Klasse durchgehend bis zum Abschluss Zeugnisse mit eindeutigen Noten vergeben werden und die Wiedereinführung der Kopfnoten umgesetzt werden. Diese sollen Betragen im Unterricht, Fleiß, soziales Verhalten und Mitarbeit im Unterricht umfassen. Diese Wiedereinführung ist notwendig geworden, da sich viele Schüler in den genannten Punkten selbst nicht einschätzen können. Eine Einschätzung in diesen Bereichen ist aber für den weiteren Lebensweg zwingend erforderlich.

Aus diesen dargestellten Überlegungen heraus fordert die Junge Union Schleswig Holstein:

- eine gerechte Verteilung der Ressourcen über alle Schularten
- weitere Gründungen von gebundenen Ganztagschulen insbesondere in sozialen Brennpunkten
- die flächendeckende Einführung von Sozialpädagogen und Schulpsychologen
- die Einbindung von Verbandsstrukturen, die Migranten ansprechen, in das Schulleben
- die Förderung von hochbegabten Schülern in ergänzenden Angeboten zum Regelunterricht. Hierbei sollen auch Hochschulen eingebunden werden.
- die Wiedereinführung von Zeugnissen mit Noten ab der ersten Klasse
- die Wiedereinführung von Kopfnoten

Antragssteller: Lena Stiehm, Anna Barkentien, Finn Brünning, Frederik Heinz und Tobias Loose für die Kommission Bildung der Jungen Union Schleswig-Holstein